ISSN 1016-9954

CIPRA info

Nr. 58 · Oktober 2000 · Deutsche Ausgabe

Commission Internationale pour la Protection des Alpes

Internationale Alpenschutz-kommission

Commissione Internazionale per la Protezione delle Alpi

Mednarodna komisija za varstvo Alp

Deutschland
Frankreich
Italien
Liechtenstein
Österreich
Schweiz
Slowenien

Die Alpenkonvention vor der 6. Alpenkonferenz

www.cipra.org

Editorial

Alpenkonvention dringend notwendig – aber am Scheideweg

Liebe Leserin, lieber Leser,

Mehr denn je wäre heute eine bereits ausverhandelte und arbeitende Alpenkonvention gefragt. Die alpenweite Transit- und Verkehrsproblematik insgesamt ist nicht gelöst, die touristische Wachstumsspirale dreht

sich weiter, der Stellenwert des Naturschutzes hat nicht zugenommen, die Deregulierungsanstrengungen im Bereich der Raumplanung sind ungebremst usw.. Durch eine mehr als zehnjährige Verhandlungsdauer über das blosse Gerüst der Alpenkonvention ohne sichtbare Anstrengungen zur Umsetzung hat dieses alpenpolitische Projekt an Strahlkraft und Glaubwürdigkeit eingebüsst.

In einer Zeit, in der in Sekundenschnelle weltweit kommuniziert wird, Entscheidungen im Berufsleben in den meisten Fällen keinen Aufschub dulden, sind derart komplexe Zusammenhänge mit einer so komplizierten Entscheidungsstruktur nur mehr schwer vermittelbar. Von einer zur politischen Chefsache erklärten Umsetzung der Durchführungsprotokolle ist weit und breit nichts zu sehen. Völlig lustlos beteiligt sich nämlich die grosse Mehrheit der Vertragspartner an der Festsetzung der Prioritäten im Durchführungsprozess überhaupt nicht. Die Alpenkonvention bedarf aber dieser bisher hauptsächlich von den Beobachtern initiierten Umsetzungsaktivitäten wie der Hungernde des Bissens Brot. Eine bloss verwaltete Alpenkonvention wird weder den Intentionen der Gründerväter noch der Erwartungshaltung der Förderer und der betroffenen Alpenbevölkerung gerecht. Obendrein bestehen noch immer gehörige Portionen an Mentalreservation gegen einzelne Protokollinhalte.

Die 6. Alpenkonferenz in Luzern wird den Weg in die Zukunft weisen: entweder in die Bedeutungslosigkeit oder auf zu neuen Ufern mit einem von allen Vertragsparteien unterzeichneten Verkehrsprotokoll. Gelingt es allen Alpenstaaten und der derzeit leider völlig desinteressierten EU, das rettende Alpenkonventions-Ufer zu erklimmen, dann wird es vor allem vom neuen Vorsitzland Italien und Österreich mit dem grössten Flächenanteil abhängen, ob bei der Alpenkonvention endlich die erwarteten Fortschritte erzielt werden. Österreich muss seinen bis heute nicht abgelegten Zick-Zack-Kurs endlich beenden und seiner Rolle als Alpenkernstaat gerecht werden.

Und CIPRA wird anlässlich der Jahrestagung in Trient darüber befinden müssen, ob der bisher gefahrene Kurs mit Volldampf weitergefahren werden soll, oder ob wir in eine Sackgasse und Falle geraten, welche die CIPRA von wichtigen Aufgaben und Stärken ablenkt.

Peter Hasslacher,
Vizepräsident von CIPRA-International

INHALT

SCHWERPUNKT ALPENKONVENTION

4 Die Alpenkonvention auf dem Weg zur Umsetzung

5 Die Forderungen der CIPRA zur Umsetzung

6 Die Alpenkonvention vor der Gretchenfrage

7 Bevölkerung und Kultur sind Teil der Alpen

SOMMERAKADEMIE

8 «Sommerakademie Brennpunkt Alpen» erfolgreich

9 Stimmen der TeilnehmerInnen

Der Tourismus und die Alpen von morgen

WEISSBUCH/ SCHWARZE LISTE

10 Öffentlicher Verkehr für den Vršič-Pass

Das Ende der Allgäu-Bahn?

BERICHTE AUS DEN LÄNDERN

11 Sava Dolinka: Ein Juwel in Gefahr

Der Fluss Sesia ist in Gefahr

Aufgelassene Weiden als Spekulationsobjekte

12 Wechsel bei CIPRA-Österreich

Neuer Vorstand bei CIPRA Deutschland

Bericht über die Alpenhütten erhältlich

Schöne neue Alpen auch in Italienisch und Französisch

13 Nein der Minister zur «Konvention der Berggebiete»

14 Österreich steigt aus Studie «Nachhaltige Entwicklung des Verkehrssystems im oberen Rheintal» aus

LSVA für Liechtenstein

15 4. AlpenForum in Italien

Dialog der NGOs mit der Forschung

16 Profit vor Sicherheit im Mont-Blanc-Tunnel

Die Alpenkonvention auf dem Weg zur Umsetzung

Es ist in der Tat ein sehr langer Zeitraum und beschwerlicher Weg von den ersten Anfängen des für acht Alpenstaaten und die EU völkerrechtlich verbindlichen Vertragswerkes bis zu den ersten klar mit der Alpenkonvention verbindbaren Umsetzungsschritten.

Im Jahre 1952, also vor nahezu 50 Jahren (!), legte die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA in ihren Gründungsdokumenten die Ausarbeitung einer «Internationalen Alpenkonvention» fest. Es dauerte bis zum Jahre 1988, als das Europäische Parlament auf Initiative der Fraktion der Europäischen Volkspartei einstimmig die EU-Kommission mit der Erarbeitung eines Entwurfes für eine Konvention zum Schutz des Alpenraumes beauftragte. Den letztlich ausschlaggebenden Kick für diesen Beschluss gaben laut Sitzungsdokumenten aber die Erdrutschkatastrophen in den Alpen im Jahre 1987. Im Jahre 1989 fand schliesslich die 1. Alpenkonferenz der Umweltminister in Berchtesgaden (D) statt, 1991 unterzeichneten diese die Alpenkonvention in Salzburg. Bis heute wird in Permanenz um die Inhalte der Ausführungsprotokolle zur Konvention gerungen, im Verkehr ist erst anlässlich der Sitzung des Ständigen Ausschusses Ende März 2000 in Château d'Oex hoffentlich der Durchbruch gelungen.

Es stellt sich daher die Frage, warum dieser Alpenprozess so zäh und verbunden mit so vielen Schwierigkeiten und Hürden abläuft? Folgende Tatsachen können eine Antwort auf diese Fragen geben:
Die Alpenkonvention stellt den ehrgeizigen Versuch dar, acht Staaten und die EU, mit 43 Regionen, 5800 Gemeinden und 11 Mio. Einwohner für ein gemeinsames Ziel zu gewinnen. Es bestehen unterschiedliche regionalwirtschaftliche Entwicklungsstände zwischen den Vertragsstaaten, unterschiedliche Mentalitäten und Sprachen. Trotz der seit langer Zeit bestehenden regionalen Arbeitsgemeinschaften ARGE ALP (1972), ALPEN ADRIA (1978) und COTRAO (1982), ist die alpenweite Zusammenarbeit und damit der Stellenwert der Arbeitsgemeinschaften klein geblieben. Folglich gibt es auch kaum Ansätze für eine gemeinsame Alpenpolitik.

Weil dieser Alpenprozess so schwierig und langwierig ist und Politiker damit wenig gewinnen können, stellt er für sie keine Chefsache dar. Die EU-Kommission ihrerseits wacht exakt über ihre Spielregeln; völkerrechtlich verbindliche Festlegungen für einen Teilraum der EU sind nicht erwünscht. Ausserdem hat die EU ein Alpenbild, das insbesondere bei der Abgrenzung, hinsichtlich der Siedlungsdichte, der besonderen ökologischen Sensibilität der Alpen etc. korrekturbedürftig ist.

Komplexe Zusammenhänge, mit welchen man bei einer alpenweiten Politik konfrontiert ist, sind in unserer hektischen, auf spektakuläre Ereignisse zentrierten Zeit nur mehr schwer vermittelbar. Dazu kommt, dass die Bevölkerung nach mittlerweile mehr als zehnjährigen Verhandlungen bei der Alpenkonvention eher an Beamtentourismus als an ein sinnvolles, umsetzbares Instrument zugunsten des vielfältigen Lebensraumes Alpen denkt.

Trotzdem ist eine respektable Anzahl von konkreten Umsetzungsinitiativen auszumachen, welche sich in ihrer Tätigkeit konkret auf die Alpenkonvention berufen. Dazu gehört etwa das Netzwerk Alpiner Schutzgebiete, das Gemeindenetzwerk Allianz in den Alpen, das Internationale Wissenschaftliche Komitee Alpenforschung, das Netzwerk der Euromontana zur Umsetzung des Protokolls Berglandwirtschaft, die Sommerakademie Brennpunkt Alpen oder das Mediennetzwerk Alpen. Die allerwenigsten dieser Initiativen entstanden jedoch auf Initiative der Staaten: Die meisten wurden von Nichtregierungsorganisationen ins Leben gerufen.

Es ist deshalb jetzt an der Zeit, dass die Staaten die Umsetzung an die Hand nehmen. Die Weichen dazu können am 30./31. Oktober dieses Jahres an der 6. Alpenkonferenz in Luzern gestellt werden. Doch dies bedingt, dass in Luzern alle Vertragsparteien das Verkehrsprotokoll unterzeichnen. Sollte dies nicht geschehen, glaubt wohl niemand mehr an eine Zukunft der Alpenkonvention. In diesem Fall erübrigen sich weitere Gedanken an ihre Umsetzung. So weit dürfen es die Vertragsparteien der Alpenkonvention nicht kommen lassen.

Peter Hasslacher
Vizepräsident von CIPRA-International

Die Forderungen der CIPRA zur Umsetzung

Die UmweltministerInnen der Alpenländer haben vor zwei Jahren festgehalten, dass die Umsetzung der Alpenkonvention bereits vor der Ratifizierung der Konventionsprotokolle beginnen soll. Ein Reigen von staatlichen Umsetzungsaktivitäten wurde dadurch allerdings nicht ausgelöst.

Red. – Der Beschluss der 5. Alpenkonferenz vom 16. Oktober 1998 führte zunächst dazu, dass die Schweizer Delegation beim Ständigen Ausschuss der Alpenkonferenz Leitsätze zur Umsetzung vorlegte, die ausführlich diskutiert wurden. Im Mai 2000 forderte der Schweizer Vorsitz die Parteien und Beobachter auf, zu allen Protokollen konkrete Vorschläge zu ihrer Umsetzung auszuarbeiten.

Hausaufgaben nicht gemacht

Leider zeitigte diese Aufforderung seitens der Staaten wenig nennenswerte Resultate. Frankreich unterbreitete einige Vorschläge zum Verkehrsprotokoll, welche sich im wesentlichen auf die Erhöhung der Sicherheit in Strassentunnels beziehen. Deutschland unterbreitete ein recht umfassendes Papier, das sich zum Teil auf bereits bestehende Aktivitäten und Gesetzeserlasse in Deutschland beschränkte. Weitere Vorschläge seitens der Staaten gingen nicht ein. Es ist zu hoffen, dass die Lethargie, die sich hier einmal mehr gezeigt hat, nach der Ministerkonferenz von Luzern Ende Oktober der Vergangenheit angehören wird.

Die CIPRA hat ein ausführliches Dokument zur Umsetzung erarbeitet. Der vollständige Text ist auf der CIPRA-Website (www.cipra.org) unter «Alpenkonvention / Stellung der CIPRA zur Alpenkonvention» zu finden. Das Papier kann auch bei der CIPRA bestellt werden.

Ohne Geld und Strukturen keine Umsetzung

Die CIPRA hat sich am 4./5. Februar 2000 an einem Workshop von ExpertInnen intensiv mit der Umsetzung auseinandergesetzt. Bereits im Jahre 1996 hatte sie einen Aktionsplan für die damals unterzeichneten Protokolle vorgelegt. Sie hat darauf hingewiesen, dass eine punktuelle Inangriffnahme der Umsetzung der Alpenkonventionsprotokolle problematisch ist. Eine problemorientierte Prioritätensetzung wird zwar aus praktischen Gründen erforderlich sein, beinhaltet aber auch die Gefahr, dass die wirklichen Probleme nicht angepackt werden, sondern dass man den Weg des geringsten Widerstandes geht. Es ist wichtig, immer den Blick aufs ganze zu bewahren und sich nicht in Einzelaktivitäten zu verlieren. Die Umsetzungsforderungen der CIPRA sind deshalb als Beispiele zu verstehen. Wichtig ist es, dass diese und andere Massnahmen gemeinsam umgesetzt werden und dass nicht einzelne Punkte oder ein als «Modell» deklariertes Protokoll herausgepickt werden. Dies würde dem Sinn der Alpenkonvention als ganzheitlichem Instrument zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung widersprechen.

Damit die Umsetzung wirklich systematisch erfolgen kann, müssen einige Rahmenbedingungen erfüllt sein. Dazu gehört unter anderem die Ratifizierung der unterzeichneten und die Ausarbeitung der noch ausstehenden Protokolle, das Einrichten eines Ständiges Sekretariates, das Gewährleisten der Alpenbeobachtung und -information sowie nicht zuletzt das Bereitstellen ausreichender finanzieller Mittel und die permanente Information der Bevölkerung.

Modellregionen der Umsetzung fördern

Bereits in der Rahmenkonvention haben sich die Vertragsparteien zu einer ganzen Reihe von Massnahmen verpflichtet. Deren Umsetzung ist formell jetzt schon nicht nur möglich, sondern auch verpflichtend. Eine Möglichkeit rasch zu Erfolgen zu gelangen sieht die CIPRA in der Schaffung von Modellregionen. Dafür sollen Regionen mit einer vorbildlichen Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit ebenso herangezogen werden wie Regionen, die in diesem Bereich einen grossen Nachholbedarf aufweisen.

Über die geforderten Massnahmen hinaus sollte jeder Vertragspartner in seinem Bereich die grössten Defizite feststellen und den Gremien der Alpenkonvention berichten, wie er gedenkt, diese Defizite zu beheben. Wesentlich ist dabei, dass für alle Massnahmen ein klarer und verbindlicher Fahrplan festgelegt wird und dass die Parteien regelmässig über die erzielten Fortschritte Bericht erstatten, so dass eine Erfolgskontrolle möglich ist.

© Blackwell Wissenschafts-Verlag Berlin, Wien

Gemeinsame Richtlinien für die Raumplanung im Alpenraum, harmonisierte UVP, gemeinsame Kriterien für die Verträglichkeit

© Schweiz. Greina-Stiftung (SGS), Zürich

Schutz der Gewässer

Die Alpenkonvention vor der Gretchenfrage

An der 6. Alpenkonferenz vom 30./31. Oktober in Luzern geht es bei der Alpenkonvention um nicht weniger als um die Frage «alles oder nichts?».

Foto: CIPRA

CH-Umweltminister Leuenberger, Vorsitzender der Alpenkonferenz

Red. – Die Geschichte der Alpenkonvention ist seit ihrer Unterzeichnung 1991 wesentlich durch die Geschichte des Verkehrsprotokolls geprägt. Insbesondere aus Österreich war immer wieder zu hören, dass die Konvention ohne Verkehrsprotokoll wenig Sinn mache. Hier bestehe der grösste Leidensdruck der alpinen Bevölkerung, hier erwarte man am dringendsten Lösungen.

Neuer Schwung spürbar

Das Verkehrsprotokoll erschien allerdings lange Jahre als aussichtsloses Unterfangen. Es war mutig, dass sich Liechtenstein vor zwei Jahren überhaupt bereit erklärt hat, den Vorsitz einer Arbeitsgruppe zur Neuverhandlung des gestrandeten Protokolls zu übernehmen. Dass nun ein erfolgreicher Abschluss gelang (CIPRA-Info 57, Juli 2000), hat viele Beobachter positiv überrascht. Diese Tatsache – unterstützt durch eine engagierte Vorsitzführung der Schweiz – hat in den letzten Monaten einigen Schwung in die Alpenkonvention gebracht.

Ständiges Sekretariat greifbar nahe

Dieser Schwung zeigt sich zum Beispiel darin, dass nun alle Staaten für ein Ständiges Sekretariat sind. Die UmweltministerInnen sollen in Luzern beschliessen, dass die Ausschreibung dafür unverzüglich vorgenommen wird. Die 7. Alpenkonferenz im Jahr 2002 soll über den Standort entscheiden, wonach mit der Einrichtung umgehend begonnen werden könnte. Nach dem Willen des Ständigen Ausschusses der Alpenkonferenz soll das Alpenbeobachtungs- und Informationssystem ABIS ebenfalls beim Ständigen Sekretariat angesiedelt werden.

An der Ministerkonferenz in Luzern wird auch die sprachliche Harmonisierung aller bereits unterzeichneten Protokolle festgestellt werden. Damit gibt es für deren Ratifizierung keine formellen Hindernisse mehr. Ausserdem soll das Streitbeilegungsprotokoll unterzeichnet werden, womit Staaten eine Vertragsverletzung durch andere wenigstens durch ein Schiedsgericht feststellen lassen können, obwohl im Falle eines festgestellten Vertragsbruchs weiterhin keine Sanktionen möglich sind.

Entscheidung mit weitreichenden Konsequenzen

Die zukünftige Entwicklung hängt allerdings gänzlich vom Erfolg des Verkehrsprotokolls ab. Es wird weder ein Ständiges Sekretariat noch ein Streitbeilegungsprotokoll und wohl auch kein funktionierendes Alpenbeobachtungs- und Informationssystem geben, wenn das Verkehrsprotokoll in Luzern nicht durch alle Vertragsstaaten angenommen wird.

Italien, das Ende Oktober den Vorsitz der Alpenkonvention übernehmen soll, stand dem Verkehrsprotokoll lange Zeit zögerlich gegenüber, weil von den Alpenregionen Widerstand kam. Der neu gegründete und breit abgestützte Rat für die Alpenkonvention hat am 26. September seine Zustimmung zum Protokoll gegeben. In jüngster Zeit hat sich nun aber in Österreich der Widerstand gegen das Protokoll neu formiert. Österreich war es über Jahre hinweg gelungen, sich als Opfer der Strassenbauprojekte seiner Nachbarstaaten darzustellen. Nun wurde ein Verkehrsprotokoll ausgehandelt, das die von Österreich immer wieder vorgebrachte Forderung nach einem Verbot von neuen hochrangigen alpenquerenden Strassen erfüllt. An der letzten Sitzung des Ständigen Ausschusses hat Österreich zu Protokoll gegeben, dass man davon ausgehe, dass das Verkehrsprotokoll «Umfahrungsstrassen zur Entlastung der Bevölkerung» nicht verhindern werden. Es ist ein offenes Geheimnis, dass das Bundesland Vorarlberg unter dem Deckmantel «Ortsumfahrungen» einige hochrangige Strassenbauprojekte realisieren möchte und diese nun durch das Verkehrsprotokoll gefährdet sieht.

Nach all den Jahren der Verhandlungen stehen die Vertragspartner heute vor der Wahl, entweder dieses Verkehrsprotokoll anzunehmen oder auf Jahre hinaus kein Verkehrsprotokoll zu haben. Eine Ablehnung des Protokolls oder eine Torpedierung durch einen Vorbehalt würde gleichzeitig das Ende der Alpenkonvention bedeuten.

Bevölkerung und Kultur sind Teil der Alpen

Bei der Formulierung der Alpenkonvention wurde dem Bereich «Bevölkerung und Kultur» eine Vorzugsstellung eingeräumt. Heute ist davon wenig zu spüren. Nun soll es zwar möglicherweise kein Protokoll, wenigstens aber eine Arbeitsgruppe geben.

Red. – Die Alpenkonvention wurde als «Rahmenkonvention» ausformuliert. Das heisst dass nur ein grober Rahmen vorgegeben und zu den wichtigsten Themen wenige Kernaussagen formuliert wurden. Einzelheiten sollten in Ausführungsprotokollen festgehalten werden. In Art. 2 Abs. 2 der Konvention werden die Handlungsfelder, für welche ein Protokoll vorgesehen ist, aufgeführt: Bergwald, Bodenschutz, Energie, Verkehr, Raumplanung usw., zwölf Stück an der Zahl. Und ganz zuerst als «Litera a)» das Handlungsfeld «Bevölkerung und Kultur» (siehe Kasten).

Sieben Protokolle sind unterzeichnet, ein achtes ist zur Unterzeichnung bereit, aber ein «Protokoll Bevölkerung und Kultur» gibt es in der Alpenkonvention bis heute trotz der «Pole Position» in Artikel 2 noch nicht. Die CIPRA hat deshalb ein Papier verfasst, welches die Dringlichkeit eines solchen Protokolls darstellt. Der Text ist auf der CIPRA-Website (www.cipra.org) unter «Alpenkonvention / Stellung der CIPRA zur Alpenkonvention» zu finden. Es kann auch bei der CIPRA bestellt werden. Das Institut für Volkskultur und Kulturentwicklung in Innsbruck hat in Zusammenarbeit mit der Pro Vita Alpina ebenfalls ein umfassendes Papier zu diesem Thema ausgearbeitet.

Kulturelle Vielfalt und Lebensqualität fördern

Das Protokoll «Bevölkerung und Kultur» soll sich direkt an die BewohnerInnen und BesucherInnen der Alpen wenden, der Mensch steht im Mittelpunkt. Ohne ein solches Protokoll ist das Nachhaltigkeits-Dreieck von Rio unvollendet. Dies ist ein äusserst ungünstiges und unangebrachtes Signal an die Bevölkerung des Alpenraums.

Regionale Identität entsteht durch die vertiefte Beschäftigung mit dem natürlichen und kulturellen Erbe und der Entwicklung von Zukunftsperspektiven einer Region. Ziel eines solchen Protokolls muss es sein, interkulturell innerhalb und über die Alpen hinaus Brücken zu bauen. Diversität ist in einem gemeinsamen Rahmen zu fördern. Kultur darf nicht bei Tradition und Brauchtum enden, sondern muss als zukunftsorientierter und dynamischer Prozess betrachtet werden. Deshalb muss ein Protokoll «Bevölkerung und Kultur» Zukunftsperspektiven beinhalten, dynamisch sein und die Alpen als offenes Gebilde betrachten.

Das Protokoll soll sozioökonomische und soziokulturelle Aspekte gleichermassen berücksichtigen. Ziel ist es, das natürliche und kulturelle Erbe zu erhalten und weiterzuentwickeln, die Lebensgrundlagen der Bevölkerung sicherzustellen und eine möglichst optimale Lebensqualität für BewohnerInnen und BesucherInnen zu schaffen. Hier zeigt sich die sehr grosse Bedeutung eines umfassenden Nachhaltigkeitsbegriffes.

Arbeitsgruppe geplant

Aufbauend auf das erwähnte CIPRA-Papier hat der Schweizer Vorsitz dem Ständigen Ausschuss der Alpenkonferenz den Vorschlag unterbreitet, eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzusetzen. Ziel soll allerdings (noch) nicht die Ausarbeitung eines Protokolltextes sein, für welchen die CIPRA bereits sehr weitgehende Vorschläge vorgelegt hat. Vielmehr soll vorerst ein sinnvolles Vorgehen und die mögliche Struktur eines eventuellen Protokolls skizziert werden. An der 17. Sitzung des Ständigen Ausschusses in Locarno vom 4.–6. September hat sich gezeigt, dass die Staaten befürchten, die Bevölkerung könnte zu weitgehende Ansprüche aus einem solchen Protokoll ableiten.

Alpenkonvention, Art. 2 Abs. 2:
Zur Erreichung des in Absatz 1 genannten Zieles werden die Vertragsparteien geeignete Massnahmen insbesondere auf folgenden Gebieten ergreifen:
a) Bevölkerung und Kultur – mit dem Ziel der Achtung, Erhaltung und Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit der ansässigen Bevölkerung und der Sicherstellung ihrer Lebensgrundlagen, namentlich der umweltverträglichen Besiedlung und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Förderung des gegenseitigen Verständnisses und partnerschaftlichen Verhaltens zwischen alpiner und ausseralpiner Bevölkerung.

© Schädler, Triesenberg

Kultur...

Foto: CIPRA

...hat vielfältige Facetten.

«Sommerakademie Brennpunkt Alpen» erfolgreich

«Brennpunkt Alpen – Sommerakademie in Liechtenstein» war 1998 ein Pilotprojekt der CIPRA in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Liechtenstein und mit Partnern aus allen Alpenstaaten. Nach der dritten Durchführung ist die Akademie heute eine feste Institution mit breiter Anerkennung.

Fotos: CIPRA

Red. – Der erste Durchgang der Sommerakademie war ein Pilotprojekt im Rahmen des EU-Aktionsprogramms Leonardo da Vinci und als solches für die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA ein Test. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden waren sehr positiv, die Qualität wurde sowohl von den Studierenden wie auch von Aussenstehenden als sehr hoch eingestuft. Deshalb beschloss die CIPRA in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Liechtenstein die Fortführung der Akademie.

Mit der Sommerakademie hat die CIPRA etwas versucht, was es bisher nicht gab. Nicht eine Weiterbildungsmöglichkeit für Spezialisten in einem Fach, sondern ein sehr breit angelegtes Programm für Leute, die ihre berufliche Zukunft in irgendwelcher Weise im Bereich der Alpen sehen. Dabei werden nicht nur Themen wie Naturschutz, Verkehr und Energie behandelt, sondern auch Berglandwirtschaft, Regionalentwicklung und Tourismus. Als Lehrkräfte wirken bewährte Fachleute aus Forschung und Wissenschaft ebenso mit wie Kapazitäten aus der Privatwirtschaft und dem Nichtregierungssektor, und dies aus allen Alpenländern. Mit diesem Angebot schliesst die CIPRA eine Lücke, denn eine solch breite Ausbildung gab es bisher nicht.

Internationale Anerkennung

Was unbekannt ist, braucht seine Anlaufzeit. Deshalb waren in den ersten beiden Jahren an der Sommerakademie noch einige Plätze frei geblieben. Das hat sich in der Zwischenzeit geändert. Die Sommerakademie in Liechtenstein ist international bekannt geworden. 23 junge Leute aus fünf verschiedenen Ländern, teils deutsch-, teils italienisch- und teils französischsprachig, haben das Bildungsangebot der CIPRA genutzt. Nach den drei Wochen Grundausbildung hat ein Teil der Studierenden im Gasteinertal in Österreich einen vierwöchigen Projektteil unter der Leitung von Prof. Werner Bätzing von der Universität Erlangen-Nürnberg absolviert. Am zweitägigen Seminar zum Projektthema «Der ökologische Umbau von Tourismuszentren – eine zentrale Herausforderung im neuen Europa» haben gegen vierzig Leute teilgenommen (siehe Bericht auf S. 9).

Nachwuchskräfte auf alpenweite Kooperationen vorbereiten

Die Alpen sind das grösste und am stärksten durch menschliche Nutzung belastete Hochgebirge Europas. Alpenschutz ist deshalb zur Überlebensfrage für ganze Regionen in den Alpen geworden. Dabei müssen Strategien gesucht werden, die den Schutzgedanken und die nachhaltige Entwicklung miteinander in Einklang bringen. Lösungen sind heute global und in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu finden. In diesem Zusammenhang steht beispielsweise auch die Alpenkonvention. Doch die Nachwuchskräfte müssen darauf vorbereitet werden. Deshalb treffen sich an der CIPRA-Sommerakademie junge Menschen aus verschiedenen Ländern. Sie bilden miteinander ein Netz von Leuten, die beruflich und privat an den Alpen interessiert sind und treffen sich regelmässig in Liechtenstein. So haben sich am 25./26. August Absolventinnen und Absolventen der beiden ersten Sommerakademien mit den diesjährigen Studierenden getroffen und ihre Gedanken ausgetauscht. Auf diese Weise finden auch die «Ehemaligen» immer wieder ihren Weg nach Liechtenstein.

Ohne tatkräftige finanzielle Unterstützung keine Sommerakademie

Die Sommerakademie wurde dieses Jahr von der Binding Stiftung Schaan, der Karl Mayer Stiftung, der Stiftung fürstlicher Kommerzienrat Guido Feger, der LGT-Innovations-Stiftung und der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften finanziell unterstützt. Die CIPRA dankt diesen Förderern sehr herzlich! Die Finanzierung der Sommerakademie 2001 wurde vom Land Liechtenstein bereits zugesichert.

Stimmen der TeilnehmerInnen

Die beiden Sommerakademie-Teilnehmer Luca Lorenzini, Soziologe und Journalist, sowie Federico Reali, Politikwissenschafter und Journalist, beide aus Italien, haben sich bei den anderen TeilnehmerInnen umgehört und folgenden Kurzbericht abgeliefert:
Die drei Wochen waren geprägt von intensiver Arbeit, von Austausch zwischen verschiedenen Kulturen und von sehr wertvollen Gemeinschaftserlebnissen. Dies ist das Fazit zum Abschluss der dritten Ausführung der Sommerakademie «Brennpunkt Alpen», den die CIPRA vom 14. August bis zum 1. September 2000 in Schaan durchgeführt hat. Die Veranstaltung wurde von einer ansehnlichen Gruppe von 23 Personen besucht, welche aus fünf verschiedenen Alpenländern kamen und drei verschiedene Muttersprachen vertraten (am Schwerpunktseminar sogar sechs Staaten und vier verschiedene Sprachen). Dieses Jahr wurde zum ersten Mal eine deutsch-italienische Simultanübersetzung angeboten, was die Teilnahme von sechs ItalienerInnen ermöglichte. Dadurch wurde aber auch der Austausch und die Verständigung zwischen den VerterterInnen der diversen Alpenregionen erleichtert. Hier einige Stimmen von TeilnehmerInnen:

«Die Akademie ist eine tolle Gelegenheit, bestehende Kenntnisse zu vertiefen und in einen breiteren Kontext zu stellen.»

Viviana Ferrario
Architektin aus Italien

Die Sommerakademie ist wichtig, um ein neues Berufsbild zu schaffen, welches als «alpiner Umweltgeneralist» bezeichnet werden könnte.

Henning Meumann
Philosoph aus Deutschland

«Ich fand die Akademie ausgezeichnet organisiert und habe vor allem den interdisziplinären Ansatz sehr geschätzt.»

Julia Beckel
Geographin mit Fachrichtung Kartographie aus Österreich

«Ich schätzte die Möglichkeit sehr, mich mit Gleichgesinnten über Fragen zum Alpenraum austauschen zu können.»

Patrick Rohner
Volkswirtschaftler und Gymnasiallehrer aus der Schweiz

«Gesamthaft hinterliess die Sommerakademie bei mir einen hervorragenden Eindruck, auch wenn ich es als einziger Französischsprachiger am Anfang etwas schwerer hatte als die anderen.»

Benoît Boschung
Ingenieur Fachrichtung Naturressourcen aus der Schweiz

Der Tourismus und die Alpen von morgen

Ökologischer Umbau von Tourismuszentren, Ausloten der Schnittstelle von Regionalwirtschaft und ökologischem Gleichgewicht. Diese und andere Themen betreffend die verschiedenen Regionen im Alpenbogen wurden am Seminar von Triesenberg, FL am 24. und 25. August 2000 behandelt, welches im Rahmen der CIPRA-Sommerakademie «Brennpunkt Alpen» durchgeführt wurde. Die 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus sechs Ländern haben unter der kundigen Leitung von Professor Werner Bätzing von der Universität Erlangen-Nürnberg und unter Mithilfe der Dozenten Dominik Siegrist und Martin Uitz einen begeisterten «panalpinen Workshop» erlebt und sich dabei um Leitlinien und Lösungsstrategien bemüht, welche Antworten auf ökologische, wirtschaftliche und sozioökonomische Probleme geben können. Am Seminar wurden auch konkrete Beispiele von nachhaltigen Tourismusprojekten vorgestellt, welche beispielsweise in Saas Fee, Davos oder Bad Hofgastein umgesetzt worden waren. Das Programm beinhaltete auch Gruppenarbeiten. Auf diese Weise fand ein Austausch zwischen Menschen mit verschiedenen beruflichen Kenntnissen und unterschiedlichem kulturellem Hintergrund statt. Damit wurde die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren im gesamten Alpenraum unterstrichen, die ja auch der Idee der Alpenkonvention zu Grunde liegt.

Luca Lorenzini und Federico Reali

Fallbeispiel Weissbuch

Öffentlicher Verkehr für den Vršič-Pass

Foto: CIPRA-Slovenija

Parkplatzbewirtschaftung und öffentlicher Verkehr als Erfolgskonzept

Die Gemeinde Kranjska Gora bemüht sich seit längerem um eine verkehrstechnische und umweltfreundliche Lösung für die Alpentäler Vrata, Kot, Krma, Planica und den Transitverkehr über den Hochgebirgspass Vršič (1611 m.ü.M.).

Die Situation am Vršič-Pass ist im Sommer und im Winter äusserst kritisch: Im Sommer aufgrund des Reiseverkehrs, im Winter durch Schneeräum- und Salzstreufahrzeuge, die in diesem karstigen Gebiet mit Trinkwasserquellen jedes Jahr über 400 t Salz streuen.

Statt auf den Ausbau der Pass-Strasse setzt die Gemeinde Kranjska Gora auf den öffentlichen Verkehr. Zwischen Kranjska Gora und Bovec wurde bereits eine Busverbindung eingerichtet. Da in Slowenien jedoch der Staat für die Verwaltung der Strasse zuständig ist und die Gemeinden nur in den ruhenden Verkehr eingreifen dürfen, bleibt der Gemeinde nur die Möglichkeit, eine Parkgebühr zu erheben. Die Einnahmen fliessen jedoch nicht nur in den Strassenunterhalt, sondern in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Die Gemeinde Kranjska Gora sieht in diesen Massnahmen einen wichtigen Schritt zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Aus diesem Grund legt sie auch grossen Wert auf die Öffentlichkeitsarbeit, um die Bevölkerung für dieses Thema zu sensibilisieren.

Neda Kovačič

Protokoll Tourismus, Artikel 13
Verkehr und Beförderung von Touristen
Die Vertragsparteien fördern Massnahmen, die auf eine Einschränkung des motorisierten Verkehrs in die touristischen Zentren abzielen.
Sie unterstützen zudem private oder öffentliche Initiativen, welche die Erreichbarkeit touristischer Orte und Zentren mit öffentlichen Verkehrsmitteln verbessern und die Benutzung solcher Verkehrsmittel durch die Touristen fördern sollen.

Fallbeispiel Schwarze Liste

Das Ende der Allgäu-Bahn?

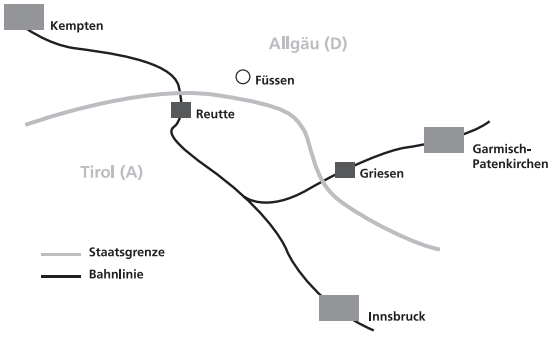
Art. 2 Abs. 2 der Alpenkonvention hält fest:
Zur Erreichung des in Absatz 1 genannten Zieles werden die Vertragsparteien geeignete Massnahmen insbesondere auf folgenden Gebieten ergreifen:
j) Verkehr – mit dem Ziel, Belastungen und Risiken im Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein Mass zu senken, das für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume erträglich ist, unter anderem durch eine verstärkte Verlagerung des Verkehrs, insbesondere des Güterverkehrs, auf die Schiene, vor allem durch die Schaffung geeigneter Infrastrukturen und marktkonformer Anreize, ohne Diskriminierung aus Gründen der Nationalität

Die Deutsche Bahn (DB) plant, im Oktober 2000 mit dem Abbau der Oberleitungen der Ausserfernbahn zu beginnen. Damit wäre der Weiterbetrieb dieser wichtigen Bahn vom Allgäu ins Tiroler Ausserfern und weiter bis nach Garmisch komplett in Frage gestellt.

AGü. – Alljährlich werden auf dieser Strecke mehr als 100 000 Tonnen an Gütern in den Tiroler Zentralraum und in die Gegenrichtung transportiert. Zudem hat die Bahn eine hohe Bedeutung für den Tourismus in der Region. Nach einem INTERREG-Gutachten hat die Ausserfernbahn gute Zukunftschancen.

Nachdem die DB die Bahnstrecke zwischen Garmisch-Partenkirchen und Griesen über Jahrzehnte vernachlässigte, droht dieses umweltfreundliche Verkehrsmittel wegen fehlender Mittel zur Sanierung eingestellt zu werden. Gleichzeitig wird parallel zu einer Teilstrecke der Bahn die Autobahn A7 bis Füssen neu durch schönste Landschaft geklotzt, die Fernpass-Bundesstrasse wurde grosszügig ausgebaut. Durch den Abbau der Bahnstrecke auf deutscher Seite wäre die noch vor wenigen Jahren sanierte Oberleitung auch im österreichischen Bereich der Strecke praktisch nutzlos.

Die Verkehrsminister von Bayern und Österreich haben inzwischen ihr Veto gegen die Stillegung der Ausserfernbahn eingelegt. Bleibt zu hoffen, dass sich die DB und die ÖBB auf die neue politische Willensbekundung einstellen.



Sava Dolinka: Ein Juwel in Gefahr

Die Sava Wasserkraftwerke planen die Erneuerung und den Ausbau des Wasserkraftwerks Moste an der Sava Dolinka in Slowenien. Vorgesehen ist ein Stauausgleichsbecken, mit welchem 2 km des Savatales zwischen den Orten Vrba und Bled und rund 38 ha Land überflutet werden sollen. Der Wasserspiegel des Stausees würde um 4 Meter schwanken. Das Gebiet, in welchem das Projekt verwirklicht werden soll, ist aus naturschützerischer Sicht sehr wertvoll und beherbergt eine ganze Reihe gefährdeter Tier- und Pflanzenarten. Der geplante Stausee gefährdet Quellen sowie das Feuchtgebiet Brje, welches als Naturdenkmal unter Schutz steht. Der Bau des Staubeckens würde der Vernichtung eines der längsten unberührten Abschnitte des Savatals gleichkommen.

CIPRA-Slowenien hat sich deshalb in einem Schreiben an den Minister für Umwelt und Raum, Dr. Andrej Umek, und an den Wirtschaftsminister, Dr. Jože Zagožen, gewandt. Darin wird betont, dass der geplante Eingriff eine Verletzung der Alpenkonvention darstellen würde. Insbesondere wird die Verletzung der Protokolle «Energie», «Naturschutz und Landschaftspflege» sowie «Raumplanung und nachhaltige Entwicklung» geltend gemacht. Die verursachten Schäden seien nicht mehr gutzumachen, deshalb müssten die wirtschaftlichen Interessen mit den ökologischen Erfordernissen in Einklang gebracht werden.

CIPRA-Slowenien unterstützt daher die Forderung des Ausschusses zur Rettung der Sava Dolinka, die slowenische Regierung dürfe das Projekt nicht bewilligen. CIPRA-Slowenien ist davon überzeugt, dass mit gemeinsamen Anstrengungen Lösungen für das Wasserkraftwerk Moste gefunden werden können, die sowohl den wirtschaftlichen wie auch den ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen.

CIPRA-Slowenien

Foto: CIPRA-Slovenija

Der Fluss Sesia ist in Gefahr

FP. – Der Fluss Sesia und seine Zuflüsse bilden ein Gewässerökosystem, das sich durch eine grosse Naturnähe auszeichnet. Nun gibt es aber eine Reihe von Gesuchen für Wasserentnahme und Regulierungen zu Zwecken der Stromgewinnung, welche den Wasserfluss der Gewässer in der Valsesia beeinträchtigen würden. Ausserdem gibt es das paradoxe Ansinnen einer künstlichen Anlage für den Kanusport. Dafür soll von der Sesia ein künstlicher Nebenarm abgezweigt werden. Um die Zerstörung eines der schönsten Flüsse Italiens zu verhindern, wurde nun ein «Komitee für den Schutz der Sesia» gegründet, welches am vergangenen 9. April eine beachtliche Protestveranstaltung gegen diese Projekte durchgeführt hat, die dem Fluss irreparable Schäden zufügen würden. Zur Gegnerschaft gehören nicht nur viele der Gemeinden im Tal sowie Fischer und Privatpersonen, sondern auch die in der Region tätigen Kanuvereinigungen und Kanuschulen.

CIPRA-Italien

Aufgelassene Weiden als Spekulationsobjekte

Seit einiger Zeit bleiben viele italienische Alpweiden ungenutzt. Diesmal ist der Grund nicht in der Krise der Berglandwirtschaft oder in den einschränkenden Hygienevorschriften für die Käseproduktion zu suchen, welche allerdings für die Strukturbereinigung ein beachtliches Hindernis darstellen. Die Schuld kann für einmal auch nicht dem Wolf oder anderen langsam in die Alpen zurückkehrenden Beutegreifern angelastet werden. Vielmehr machen sich die Auswirkungen der Spekulation von Talbauern bemerkbar, welche mit der Ausdehnung ihrer Weideflächen Zugang zu höherer Förderung erhalten. Dabei treten sie auf dem Markt mit Angeboten auf, welche den wirklichen Wert der Weiden übersteigen. Die daraus resultierende Preisexplosion drängt die kleinen Viehhalter in den Bergen aus dem Markt. Obwohl für die Weiden eine Pacht bezahlt wird, werden sie häufig gar nicht bewirtschaftet, weil dies zu aufwändig ist. Für manche Weidebesitzer zählt dabei nur der Pachtzins, sie stören sich nicht an den aufgelassenen oder falsch bewirtschafteten Weiden und begünstigen damit die Krise der Viehhaltung in den Alpen. Immerhin sind sich die Viehhalterverbände des Problems bewusst. Bleibt zu hoffen, dass es Ihnen gelingt, die Missbräuche der Talbauern in den Griff zu bekommen.

CIPRA-Italien

© Gesellschaft für ökologische Forschung e.V., München

Wechsel bei CIPRA-Österreich

Foto: CIPRA-A

Auf zu neuen Herausforderungen! Reinhard Gschöpf

BS. – Als 1994 eine Stelle zur Projektkoordination für die Informationskampagne Alpenkonvention im Rahmen von CIPRA-Österreich ausgeschrieben wurde, fiel die Wahl aus einer Vielzahl von Bewerberinnen und Bewerbern auf Reinhard Gschöpf. Als leidenschaftlicher Geograph und projekterfahrener Allrounder konnte er mit breiter Unterstützung von aktiv agierenden NGOs und vom österreichischen Umweltressort in den vergangenen sechs Jahren eine einmalige Informations- und Dokumentationsstelle zur Alpenkonvention aufbauen. Wesentliche inhaltliche Hintergrundarbeit, intensive Pflege der Kontakte zu im und für den Alpenraum Agierenden, laufende Medienarbeit, rege Publikationstätigkeit und tägliche Anfragebeantwortungen beinhalteten sein Arbeitsfeld. «Check – double-check – re-check» war dabei immer sein Motto bei den sorgfältigen Recherchen. Sein unermüdlicher Einsatz für den Alpenraum und die Leidenschaft, wesentliche Sachinhalte in komplex formulierten Texten zu verpacken, werden immer sein Markenzeichen bleiben. In Zukunft wird er sich im Parlamentsklub der Grünen neuen Herausforderungen stellen. Als Verkehrs- und Tourismusreferent kehrt er dem Alpenraum damit nicht den Rücken.
Lieber Reinhard, wir wünschen Dir auf diesem Weg alles Gute für die Zukunft. Mögen Deine Informationsquellen nie versiegen!

Foto: CIPRA-A

Gudrun Streicher

Seinen Platz nimmt seit dem 1. August 2000 Gudrun Streicher ein. Alpenraumbewohnerin, begeisterte Geographin, CIPRA Sommerakademie-Absolventin, Naturliebhaberin, Optimistin und Idealistin in Sachen Alpenschutz. Zu erreichen ist das Alpenkonventionsbüro der CIPRA-Österreich mit E-mail an streicher.cipra@oegnu.or.at oder unter Telefon +43/1/40113-34 bzw. per Fax +43/1/40113-50.

Neuer Vorstand bei CIPRA Deutschland

AGü. – Dr. Stefan Köhler, bis vor kurzem Naturschutzreferent des Deutschen Alpenvereins, löst als neugewählter Präsident den langjährigen Vorsitzenden Dieter Popp ab. Popp kandidierte aus zeitlichen Gründen nicht mehr für das Amt des Präsidenten, wird jedoch als Schatzmeister weiterhin die Arbeit von CIPRA-Deutschland aktiv mitgestalten. Als Vizepräsidenten wurden Klaus Hübner vom Landesbund für Vogelschutz und Erwin Rothgang vom Deutschen Alpenverein gewählt. Die Mitgliederversammlung beschloss ferner eine Erweiterung des Vorstandes um zwei Beisitzer, um einer möglichst grossen Bandbreite der Mitgliedsorganisationen eine kontinuierliche Mitwirkung im Vorstand zu ermöglichen. In dieses Amt wurden einmal der Hindelanger Bürgermeister, Roman Haug, gewählt. Damit ist erstmals auch ein kommunaler Vertreter Vorstandsmitglied von CIPRA-Deutschland. Neu als Mitglied aufgenommen wurde die Jugendorganisation Bund Naturschutz. Thomas Frey als deren Vertreter wurde als Beisitzer in den Vorstand gewählt, um damit auch die Interessen der Jugend zu gewährleisten.

Bericht über die Alpenhütten erhältlich

Red. – Im Rahmen des von Dr. Peter Goop als Abschiedgeschenk für den ausscheidenden CIPRA-International Geschäftsführer Ulf Tödter gestifteten Stipendiums hat Nathalie Morelle 1997 und 1998 die Alpen zu Fuss durchquert (CIPRA Info 52/99). Dank der Unterstützung des Vereins SOS-Dolomites und der Abteilung Natur und Landschaft der Provinz Bozen konnte ihr Studienbericht gedruckt werden. Die Publikation «Hütten der Alpen – Wanderstudie über 123 Schutzhütten in den 7 Alpenstaaten. Anregungen für den praktischen Umweltschutz und die Umweltbildung der Besucher», die sich in erster Linie den Hüttenbetreibern und Umweltbildungsakteuren widmet, aber auch für Hüttengäste von Interesse ist, kann bei Nathalie Morelle, Tel./Fax 0044 115 849 31 29, e-mail nathalie.morelle@gmx.net in Deutsch, Französisch und Italienisch bestellt werden.

Schöne neue Alpen auch in Italienisch und Französisch
Die Ausstellung «Schöne Neue Alpen» (CIPRA-Info 50/98) gibt es neben Deutsch seit einiger Zeit auch in italienischer und neu auch in französischer Sprache. Informationen dazu sind erhältlich bei der Gesellschaft für ökologische Forschung e.V., Frohschammerstrasse 14, D-80807 München, Tel.: 0049-89-359 85 86, Fax: 0049 89-359 66 22.

Nein der Minister zur «Konvention der Berggebiete»

Die europäischen Ministerinnen und Minister für Raumplanung haben anlässlich ihrer 12. Konferenz am 8. September 2000 in Hannover das Projekt für eine europäische Konvention der Berggebiete in keiner Weise unterstützt. Der Textvorschlag war vom Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und von der parlamentarischen Versammlung des Europarates eingebracht worden.

© RENAT AG

Red. – Hinter der «Konvention der Bergregionen» steht das Bemühen, allen Bergregionen Europas einen gemeinsamen Entwicklungsrahmen zu geben. Auf Grund der Verschiedenheit der Bergregionen hat dieser Text zwangsläufig den kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen und sich auf allgemeine Aussagen zu beschränken. Aus diesem Grund fehlt dem Text die Aussagekraft. Die negativen Reaktionen auf den Konventionsentwurf sind sicherlich darin begründet, dass sich in derart allgemeinen Aussagen niemand wiederfindet. Ausserdem geht der Text davon aus, dass die Bergregionen unterentwickelt sind, was nicht für alle Bergregionen Europas zutrifft.

Die Erfahrungen der Alpenkonvention

Die Erfahrungen der Alpenkonvention in mehr als zehn Jahren haben gezeigt, dass es sehr schwierig ist, in einem solchen Text Aussagen zu machen, die für den gesamten Alpenraum Gültigkeit haben. Schon innerhalb dieser Bergregion sind die Unterscheide zwischen den einzelnen Ländern und Regionen so gross, dass es oft sehr schwierig ist, Formulierungen zu finden, welche für alle betroffenen Regionen gültig sind und etwas Neues bringen. Was für den Tourismus in den Seealpen zutrifft, hat nicht zwingend Gültigkeit für die österreichischen Alpen.

Die Landwirtschaft in den französischen Südalpen ist mit anderen strukturellen und klimatischen Problemen konfrontiert als die Landwirtschaft in den Schweizer Alpen. Natürlich wäre es noch viel schwieriger, zum Beispiel die Verkehrsproblematik in einem Artikel sowohl für die Alpen wie auch für den Kaukasus zu regeln.

Regionale Lösungen statt einer europäischen Konvention

In Europa gibt es eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Berggebieten, vom Kaukasus zum Balkan, von den Pyrenäen zu den Karpaten. Regionale Konventionen nach dem Modell der Alpenkonvention können wirkungsvolle Instrumente zur Umsetzung der Idee des Europa der Regionen sein. Insbesondere in grenzüberschreitenden Bergregionen können verpflichtende und den speziellen Problemen des betroffenen Gebietes Rechnung tragende Vereinbarungen hilfreiche Instrumente für eine konstruktive und angepasste Problemlösung zum Nutzen der Bevölkerung und der Natur sein. Solche regionale Konventionen sind sicher keine Allheilmittel, aber sie sind geeignet, ein Bewusstsein für die Notwendigkeit gemeinsamer Problemlösungsstrategien zu schaffen.

Dieses System von regionalen Konventionen im Sinne des Europa der Regionen hat auch den Vorteil, dass es Antworten auf regionale Realitäten gibt und ein Gegengewicht zu europaweit gültigen Regelungen geben kann. Die Umsetzung des Gedankens der Nachhaltigkeit geschieht mit Sicherheit nicht nur durch das Verfassen von Konventionen. Aber der Prozess dazu, der auf dem Subsidiaritätsprinzip beruht, führt zu einer Bewusstseinsbildung, welche gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme erleichtert.

© Gesellschaft für ökologische Forschung e.V., München

Österreich steigt aus Studie «Nachhaltige Entwicklung des Verkehrssystems im oberen Rheintal» aus

Die Verkehrsminister Österreichs, Liechtensteins und der Schweiz haben letztes Jahr beschlossen, eine gemeinsame Studie über die Verkehrsentwicklung im oberen Rheintal erarbeiten zu lassen. Völlig unerwartet hat sich Österreich im August dieses Jahres aus dieser Zusammenarbeit zurückgezogen.

Red. – In dem am 8. September 1999 durch die Verkehrsminister von Österreich, Liechtenstein und der Schweiz unterzeichneten «Letter of Intent» wurden die Ziele einer gemeinsamen Studie klar festgelegt. Es sollten die derzeitigen und die prognostizierten Verkehrsströme und die Auswirkungen der in diesem Gebiet geplanten Infrastrukturmassnahmen ermittelt werden. Dabei ging es mit Bezugnahme auf Art. 2 Abs. 2 lit. j) der Alpenkonvention um eine Senkung der Belastungen und Risiken des inneralpinen Verkehrs auf ein für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie deren Lebensräume erträgliches Mass.

© Schädler, Triesenberg

Die Fragestellung der Studie wurde in der Folge in trilateraler Zusammenarbeit konkretisiert und die Studie in Auftrag gegeben. Am 18. August dieses Jahres teilte dann aber ein Sektionsleiter des österreichischen Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie völlig unerwartet mit, dass Österreich aus der Studie aussteige. Es seien «keine wesentlichen Zusatzerkenntnisse für konkrete politische Entscheidungen» zu erwarten. Im Schreiben wurde behauptet, die Fragestellung der Studie sei «eindimensional auf Umweltgesichtspunkte» konzentriert. Richtig ist, dass in dem «Letter of Intent» festgehalten wurde, dass die Studie die Auswirkungen auf die Lebensqualität und auf die Umweltqualität wie auch auf die Verkehrsqualität und die räumlichen Entwicklungen untersuchen soll. Damit sind ganz im Sinne der nachhaltigen Entwicklung gleichberechtigt die Anliegen von Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft angesprochen worden. Von einer «eindimensional auf Umweltgesichtspunkte konzentrierten Fragestellung» kann keine Rede sein.

Die CIPRA hat den österreichischen Bundeskanzler und drei Minister aufgefordert, auf den Entscheid zurückzukommen. Dies ist nicht geschehen. Allerdings hat sich die Regierung des direkt betroffenen Bundeslandes Vorarlberg nun bereit erklärt, den österreichischen Teil der Kosten zu übernehmen.

LSVA für Liechtenstein

Red. – Liechtenstein hat sich am 25. September mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 71% dafür ausgesprochen, parallel zur Schweiz am 1. Januar 2001 eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) einzuführen. Die Abgabe betrifft den Personen- und Warentransport ab 3,5 Tonnen. Damit wird sichergestellt, dass die Grenze zur Schweiz weiterhin offen bleiben kann. Mit der Einführung der LSVA durch die Schweiz wäre die Einrichtung von Kontrollstellen an der Grenze zwischen der Schweiz und Liechtenstein nötig gewesen, wenn Liechtenstein auf diesen Schritt verzichtet hätte.

Lust auf ein Praktikum bei der CIPRA?

Cipra-International bietet in der Geschäftsstelle in Liechtenstein laufend Praktikumsplätze an. Für das sechsmonatige Praktikum wird ein Lohn bezahlt. Das Anforderungsprofil:

StudienabgängerInnen naturwissenschaftlicher Richtungen, evtl. auch anderer Studienrichtungen mit Interesse an der Arbeit im NGO/Umweltschutzbereich, die mindestens zwei «Alpensprachen» (deutsch, französisch, italienisch, slowenisch) beherrschen.

CIPRA-International, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan, Tel. 00423 237 40 30, Fax 00423 237 40 31, e-mail: cipra@cipra.org

4. AlpenForum in Italien

Red. – Die vierte Ausgabe des AlpenForums fand vom 11. bis 15. September in Bergamo statt. Dieses Forum ist eine Plattform für den Dialog zwischen ForscherInnen aller Alpenländer und aus den verschiedensten Bereichen der Wissenschaft. Mit «Verkehr» und «Kultur» wurden zwei Themen gewählt, die derzeit im Rahmen der Alpenkonvention Gegenstand von heftigen Diskussionen sind. Einige Eindrücke:

Verkehr: Mehr Verkehr bedeutet nicht eine bessere Wirtschaft

Das Thema Verkehr war eines der Hauptthemen an der Veranstaltung. Unter den behandelten Problemen erschien die Entkoppelung von Verkehrszunahme und Wirtschaftswachstum als zentral. Während in anderen Bereichen wie beispielsweise beim Energieverbrauch oder bei der Abfallbewirtschaftung diese Entkoppelung auch von der Wirtschaft vollzogen wurde, ist dies beim Verkehr noch nicht der Fall. Nach Ansicht von Rolf Monheim aus Bayreuth haben zahlreiche städtische Zentren diese Entkoppelung im Verkehrsbereich bereits umgesetzt. Auf der Ebene der Regionen funktioniert dieser Ansatz noch nicht. Die Alpen als ökologisch besonders sensible Region haben diese Herausforderung anzunehmen. Sie können ein Modellfall der Entwicklung sein, bei dem weniger Verkehr auch wirtschaftlich mehr ist.

Kultur: Die Minderheitensprachen zwischen Widerstand und Entwicklung

Einer der Workshops des Teils «Kultur» behandelte die Minderheitensprachen, insbesondere das Ladinische und das Romanische. Hans Goebl aus Salzburg zeigte dabei den Prozess und die erforderlichen Schritte zur Etablierung einer Gemeinschaftssprache auf, welche verschiedene Idiome zum Ausgangspunkt hat. Seiner Meinung nach werden die rein sprachlichen Aspekte sehr schnell von Sensibilitäten und historischen sowie psychologischen Aspekten überlagert. Das Unterfangen eine «gemeinsame Schriftsprache» zu schaffen, damit eine Minderheitensprache überleben kann, beinhaltet seiner Meinung nach auf keinen Fall das Verschwinden der verschiedenen gesprochenen Idiome. Die Erfahrung in Graubünden mit dem Romanischen zeige dies deutlich. Ein wichtiger Schritt für die Zukunft besteht sicher darin, diesen Minderheitensprachen, welche ein wichtiger Bestandteil alpiner Vielfalt sind, einen offiziellen Status zu verleihen.

© Comune di Bergamo

Bergamo, Veranstaltungsort des 4. AlpenForums

Dialog der NGOs mit der Forschung

Nur selten kommt es zum Dialog zwischen Wissenschaftern und VertreterInnen von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs). Dabei vergeben beide grosse Chancen. Die NGOs sind in ihrer täglichen Arbeit auf wissenschaftlich untermauerte Fakten angewiesen. Und die Wissenschaft ihrerseits braucht PartnerInnen, die ihre Ergebnisse «übersetzen» und unter die Leute bringen.

Am AlpenForum hatten VertreterInnen von Vereinen und Bürgerinitiativen an einem Workshop zur «nachhaltigen Mobilität» Gelegenheit, den Forschungsbedarf aus der Sicht der NGOs direkt an die internationale Forschergemeinschaft zu richten.

Das Resultat des Workshops war ein umfangreicher Fragekatalog zu vielfältigen Aspekten des alpenquerenden und inneralpinen Verkehrs. Daraus einige Beispiele: Nach wie vor fehlen wissenschaftlich untermauerte Kriterien für «erträgliche Belastungen und Risiken für Menschen, Tiere, Pflanzen und ihre Lebensräume» (vgl. Alpenkonvention Artikel 2, Absatz 2, Buchstabe j). Auch müsste, zunächst an den Transitachsen, ein ständiges Beobachtungsnetz des Verkehrs und seiner Auswirkungen eingerichtet werden. Weiter sind keinerlei Daten zum alpenquerenden Flugverkehr vorhanden. Schliesslich wurden die Folgen des Baus von hochrangigen Strassen auf die Regionalwirtschaft bisher nicht untersucht.

Der gesamte Fragekatalog kann auf der Homepage der CIPRA-International (www.cipra.org) abgefragt werden. Angaben zum AlpenForum 2000 finden sich auf der Homepage www.montagna.org/forum2000/html

Andreas Weissen, Präsident von CIPRA-International

Profit vor Sicherheit im Mont-Blanc-Tunnel

Im Mai 2000 hat der Abgeordnete Christian Kert der französischen Nationalversammlung einen Bericht über die notwendigen Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in französischen Strassentunnels, u.a. dem Mont-Blanc-Tunnel, vorgelegt. Die Folgerungen waren erschreckend: Die von den beiden Betreibergesellschaften vorgeschlagenen Massnahmen sind schlicht ungenügend.

© Alpeninitiative

Red. – Die französischen und italienischen Betreiber des Mont-Blanc-Tunnels sehen die Wiedereröffnung des Tunnels für März 2001 vor. Diese Eile hat nach Ansicht des Berichterstatters der Nationalversammlung und auch nach Ansicht der NGOs und der Feuerwehren rein wirtschaftliche Gründe. Die Wiedereröffnung hat für die beiden Gesellschaften ATMB und SITMB eine enorme wirtschaftliche Bedeutung.
Die gewählte technische Lösung sieht vor, den Lüftungstunnel als Sicherheitstunnel zu nutzen. Diese Lösung bietet höchstens für gesunde Menschen einen Fluchtweg, ist aber für eine Massenevakuierung ungeeignet.

Für die LKWs muss eine Vorrichtung zur Messung der Motortemperatur bereitgestellt werden, was am Nordeingang des Tunnels wegen Platzmangels gar nicht möglich ist. Nach Ansicht des Berichterstatters der Nationalversammlung ist es nicht angebracht, die Durchfahrt von LKWs zu erlauben, solange dieses Problem nicht gelöst ist. Eine Ausnahme soll einzig für LKWs für die Nahversorgung vorgesehen werden.

Es ist ausserdem zu betonen, dass der Gütertransport auf der Strasse auf einer Gebirgsachse wie der des Mont-Blanc unangebracht ist, sowohl aus ökologischer Sicht als auch aus Sicherheitsgründen.

Die Aage V. Jensen Charity Foundation, Vaduz (FL), fördert die Herausgabe dieses CIPRA-Infos mit einem finanziellen Beitrag.

AZB FL-9494 Schaan / P. P. / Journal
3/00

Adressberichtigungen nach A1, Nr. 552 melden.
Zutreffendes durchkreuzen – Marquer ce qui convient
Porre una crocette secondo il caso

Weggezogen; Nachsendefrist abgelaufen A déménagé; Délai de réexpédition expiré Trasferito; Termine di rispedizione scaduto	Adresse ungenügend Insuffisante Indirizzo insufficiente	Unbekannt Inconnu Sconosciuto	Nicht abgeholt Non réd. Non ritirato	Annahme verweigert Refusé Respinto	Gestorben Décédé Deceduto

IMPRESSUM

Mitteilungen der CIPRA
Erscheint 4mal jährlich

Impressum Mitteilungen der CIPRA – Erscheint 4mal jährlich – Redaktion (red.): Andreas Götz, Michel Revaz, Cristina Boschi – CIPRA-International – weitere AutorInnen: – AGü Andreas Güthler – CIPRA-Deutschland, FP Francesco Pastorelli – CIPRA-Italien, BS Bettina Scheiderbauer – CIPRA-Österreich – Übersetzungen: Fabienne Juilland, Carlo Gubetti, Nataša Leskovic-Uršič – Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht – Gedruckt auf Altpapier – Deutsche, französische, italienische und slowenische Ausgabe – Gesamtauflage: 12500 Stück - Druck: Gutenberg AG, Schaan/FL

CIPRA-International, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan,
Tel. 00423 237 40 30, Fax. 00423 237 40 31, E-mail: cipra@cipra.org, Website: www.cipra.org

Nationale Vertretungen

CIPRA-Österreich, c/o ÖGNU Umweltdachverband, Alserstrasse 21/1/5, A-1080 Wien
Tel.: 0043 1 40 113 36, Fax: 0043 1 40 113 50, E-mail: cipra@oegnu.or.at

CIPRA-Schweiz, c/o Pro Natura, Postfach, CH-4020 Basel
Tel.: 0041 61 317 92 42, Fax: 0041 61 317 92 66, E-mail: mbehrens@pronatura.ch

CIPRA-Deutschland, Waltherstrasse 29, D-80337 München,
Tel.: 0049 89 54 42 78 50, Fax: 0049 89 54 42 78 99, E-mail: info@cipra.de, Website: www.cipra.de

CIPRA-France, c/o Mountain Wilderness, 5, Place Bir hakeim, F-38000 Grenoble, Tel.: 0033 476 01 89 08, Fax: 0033 476 01 89 07, E-mail: cipra.france@wanadoo.fr

CIPRA-Liechtenstein, c/o LGU, Im Bretscha 22, FL-9494 Schaan
Tel.: 00423 232 52 62, Fax: 00423 237 40 31, E-mail: lgu@lgu.LOL.li, Website: www.lgu.li

CIPRA-Italia, c/o Pro Natura Torino, via Pastrengo 20, I-10128 Torino
Tel.: 0039 011 54 86 26, Fax: 0039 011 534 120, E-mail: cipra@arpnet.it

CIPRA-Slovenija, Večna pot 2, SI-1000 Ljubljana, Tel.: 00386 61 200 78 00 (int. 209), E-mail: cipra@gozdis.si

Regionale Vertretung:

CIPRA-Südtirol, c/o Dachv. f. Natur- u. Umweltschutz, Kornpl. 10, I-39100 Bozen
Tel.: 0039 0471 97 37 00, Fax: 0039 0471 97 67 55, E-mail: natur@dnet.it,
Website: www.umwelt.bz.it